

Teil A: Verfahrensbedingungen

A. Auftraggeber, externe Unterstützung.....	2
B. Vergabeverfahrensart.....	2
C. Vergabeunterlagen.....	2
D. Ablauf des Vergabeverfahrens.....	4
E. Zeitplan und Fristen des Vergabeverfahrens.....	4
F. Elektronische Abwicklung.....	5
G. Hinweise zur eingesetzten Verschlüsselung und Zeiterfassung.....	6
H. Verfahrenssprache.....	7
I. Unklarheiten, Fragen, Rügeobliegenheit.....	7
J. Datenschutz.....	7
K. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit.....	8
L. Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten.....	8
M. Eignungskriterien, Nachweise.....	9
N. Auswahl der Unternehmen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.....	9
O. Nachunternehmer.....	9
P. Eignungsleihe.....	9
Q. Bewerber-/Bietergemeinschaften.....	10
R. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen.....	10
S. Anforderungen an die Teilnahmeanträge und Angebote.....	10
T. Zuschlagskriterien, Vertragsschluss.....	11
U. Vergütung für die Teilnahme am Verfahren.....	11

A. Auftraggeber, externe Unterstützung

Auftraggeber im Rahmen dieses Vergabeverfahrens ist die IPH - Institut für Integrierte Produktion Hannover gGmbH, Hollerithallee 6, 30419 Hannover.

Der Auftraggeber wird von der DAGEFÖRDE Öffentliches Wirtschaftsrecht Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, Podbielskistraße 344, 30655 Hannover, im Rahmen des Vergabeverfahrens unterstützt. Alle von Bewerbern/Bietern¹ eingereichten Unterlagen werden deshalb neben Beschäftigten des Auftraggebers auch den Mitarbeitern der Rechtsanwalts-gesellschaft zugänglich gemacht. Die Mitarbeiter unterliegen hinsichtlich aller Informationen zu den Bietern und hinsichtlich der Inhalte der Teilnahmeanträge und Angebote von Berufs wegen einer umfassenden Verschwiegenheitspflicht.

B. Vergabeverfahrensart

Das Vergabeverfahren für die Vergabe von Totalunternehmerleistungen für den Neubau einer Forschungshalle für die kybernetische Produktion wird als nationale Freihändige Vergabe mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 Niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) in Verbindung mit §§ 3 Nr. 3, 3a Abs. 3 Nr. 3 VOB/A durchgeführt.

C. Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber stellt für das Vergabeverfahren die folgenden Unterlagen zur Verfügung (Änderungen und Ergänzungen im vergaberechtskonformen Umfang im Laufe des Verfahrens bleiben vorbehalten):

- Teil A: Verfahrensbedingungen, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage A01: Eignungskriterien
 - o Anlage A02: Auswahlkriterien
 - o Anlage A03: Zuschlagskriterien
 - o Anlage A04: Informationen zum Datenschutz
- Teil B: Leistungsbeschreibung, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage B01: Architektur
 - Anlage B01a: Architektur Pläne PDF
 - Anlage B01b: Erläuterungsbericht-IPH-LPH3
 - Anlage B01c: Architektur Studie LKW-Zufahrt
 - o Anlage B02: Boden Gutachten Bebauungsplan
 - Anlage B02a: Boden-Gutachten_Bebauungsplan
 - Anlage B02b: Boden-Gutachten_Bebauungsplan Bericht Hallenerweiterung Hollerithallee mit Anlagen

¹ Genderhinweis: Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich das generische Maskulinum verwendet. Die Samtgemeinde Zeven schließt damit alle Geschlechter gleichberechtigt ein.

- Anlage B03: Brandschutz
 - Anlage B04: Dokumentation zum GEG-Konzept Variante 1
 - Anlage B05: Fernwärme; Strom; Wasser
 - Anlage B05a: Fernwärme Strom Wasser Übersicht
 - Anlage B05b: Fernwärme Strom Wasser V01 Auskunft 01 A3Q
 - Anlage B05c: Fernwärme Strom Wasser V01 Auskunft 02 A3Q
 - Anlage B05d: B05d Fernwärme Strom Wasser V01 Auskunft 03 A3Q
 - Anlage B06: Kampfmittel
 - Anlage B07: TGA
 - Anlage B07a TGA KG 400
 - Anlage B07b TGA KG 500
 - Anlage B08: Tragwerk
 - Anlage B08a: Tragwerk Erläuterungsbericht Lph3 IPH Forschungshalle
 - Anlage B08b: Tragwerk IPH Forschungshalle Positionsplan LPH3
 - Anlage B09: Vermessungsplan vom 23.08.2023
 - Anlage B09a: Vermessungsplan BV IHP Marienwerder Bestandsplan
 - Anlage B09b: Vermessungsplan BV IHP Marienwerder Lageplan Vorabzug
- Teil C: Entwurf TU-Vertrag
- Teil D: Teilnahmeantrag, mit folgenden Anlagen:
- Anlage D01: Referenzblatt
 - Anlage D02: Nachunternehmerverzeichnis
 - Anlage D03: Verpflichtungserklärung
 - Anlage D04: Bewerbergemeinschaftserklärung
- Teil E: Angebotsschreiben², mit folgenden Anlagen:
- Anlage E01: Preisblatt
 - Anlage E02: Änderungs- bzw. Verhandlungsvorschläge³

Die Unternehmen haben sich **unmittelbar** nach dem Erhalt der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern und diese auch auf etwaige Unklarheiten hin zu überprüfen. Bestehen nach Auffassung eines Unternehmens in den Vergabeunterlagen Unklarheiten, Lücken oder Widersprüche, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Dies gilt auch für sonstige auftretende Fragen und Probleme, insbesondere wenn die Vergabeunterlagen Fragen aufwerfen, die für die Erstellung des Angebots relevant sein können.

Der Auftraggeber stellt Unterlagen im Rahmen des Vergabeverfahrens **ausschließlich** in elektronischer Form zur Verfügung. Sollten sich Dateien als beschädigt oder nicht zu öffnen

² Diese Unterlagen werden erst in der Angebotsphase zur Verfügung gestellt.

³ Anlage E02 entfällt im Rahmen der Abgabe finaler Angebote.

erweisen, haben Unternehmen den Auftraggeber hierüber umgehend zu informieren. Die betreffenden Unterlagen werden dann schnellstmöglich erneut zur Verfügung gestellt. Unternehmen sind daher aufgefordert, umgehend nach Erhalt der Vergabeunterlagen zu prüfen, ob die Unterlagen vollständig und die Dateien zu öffnen sind.

D. Ablauf des Vergabeverfahrens

Als erste Stufe des Vergabeverfahrens führt der Auftraggeber einen öffentlichen **Teilnahmewettbewerb** durch, in welchem er auf Basis der in der **Auftragsbekanntmachung** sowie in **Anlage A01** genannten Kriterien jene Unternehmen auswählt, die er zur Abgabe von Erstangeboten und zu Verhandlungen auffordert. Der Auftraggeber beabsichtigt, im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs anhand der in **Anlage A02** genannten Auswahlkriterien maximal fünf Bewerber auszuwählen. **Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs werden keine Angebote abgegeben.**

In der zweiten Stufe des Vergabeverfahrens fordert der Auftraggeber die über den Teilnahmewettbewerb ausgewählten Unternehmen unter Fristsetzung zur Abgabe eines Erstangebotes auf (**Angebotsphase**). Im Rahmen der anschließenden **Verhandlungsphase** kann der Auftraggeber mit den Bieter über die Leistungsinhalte, Preise und Vertragsbedingungen unter Beachtung der Gebote von Transparenz und Gleichbehandlung verhandeln.

Nach Beendigung der Verhandlungsphase bittet der Auftraggeber die Bieter um Abgabe verbindlicher, finaler Angebote. Bis zur finalen Angebotsabgabe kann im Rahmen der Verhandlungsphase über Leistungen, Preise, Vertragsbedingungen und den Lösungsvorschlag verhandelt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, unter Berücksichtigung der Verhandlungen Änderungen am Leistungsinhalt und den vertraglichen Regelungen vorzunehmen.

Die finalen Angebote werden unter Berücksichtigung der **Zuschlagskriterien (Anlage A03)** gewertet und eine Rangfolge der Bieter gebildet. Der Auftraggeber wird den Zuschlag auf das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl nach diesen Kriterien erteilen.

E. Zeitplan und Fristen des Vergabeverfahrens

Der Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge (**Teilnahmeantragsfrist**) richtet sich nach den Angaben **der Auftragsbekanntmachung**. Fragen innerhalb des Teilnahmewettbewerbs (siehe dazu I.) sind bis spätestens **acht Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist** zu stellen, damit der Auftraggeber die Fragen noch rechtzeitig im beantworten kann.

Der Auftraggeber beabsichtigt nach derzeitiger Planung, an dem in **der Auftragsbekanntmachung** genannten Tag die Aufforderungen zur Abgabe von Erstangeboten an die ausgewählten Bieter zu versenden. Der Auftraggeber behält sich vor, diesen Zeitpunkt bei Bedarf zu

verschieben. **Bewerber müssen grundsätzlich zu jedem Zeitpunkt nach Ablauf der Teilnahmeantragsfrist damit rechnen, zur Abgabe von Erstangeboten aufgefordert zu werden, ggf. auch vor oder nach dem in der Auftragsbekanntmachung genannten Tag.**

In der Aufforderung zur Abgabe von Erstangeboten wird der Auftraggeber den Schlusstermin für den Eingang der Angebote (**Angebotsfrist**) bekanntgeben. Fragen innerhalb der Angebotsphase (siehe dazu I.) werden bis spätestens **acht Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist** zu stellen sein, damit der Auftraggeber die Fragen noch rechtzeitig beantworten kann.

Den Ablauf der Verhandlungsphase, insbesondere die Termine der Verhandlungsgespräche, wird der Auftraggeber den Bietern rechtzeitig bekanntgeben. **Grundsätzlich müssen Bieter zu jedem Zeitpunkt nach Ablauf der Angebotsfrist damit rechnen, dass sie vom Auftraggeber zu einem Verhandlungsgespräch eingeladen werden.**

Nach derzeitiger Planung werden die Verhandlungsgespräche voraussichtlich in der KW 34 am 17. und/oder 18.08.2026 in Hannover stattfinden. Die Bewerber/Bieter werden gebeten, sich diese Termine bereits jetzt vorzumerken.

Die für die Abgabe von Folgeangeboten bzw. des finalen Angebots im Rahmen der Verhandlungsphase geltenden Fristen wird der Auftraggeber im Einzelfall unter Beachtung der Gebote von Transparenz und Gleichbehandlung festlegen und den Bietern mitteilen.

Bieter sind bis zum Ablauf des in **der Auftragsbekanntmachung** genannten Tages (**Bindefrist**) an ihr Angebot gebunden. Der Auftraggeber behält sich bei Bedarf vor, im Rahmen der Abgabe von Folgeangeboten bzw. des finalen Angebots neue Bindefristen festzulegen oder bei Bedarf Bieter um Zustimmung zur Verlängerung der Bindefrist zu bitten.

Nach Abschluss der Angebotswertung wird der Auftraggeber entsprechend § 16 Abs. 1 NTvergG die Bieter informieren, deren Angebote nicht für den Zuschlag vorgesehen sind (**Vorabmitteilung**) und nach Ablauf der gesetzlichen **Wartefrist** gemäß § 16 Abs. 2 NTvergG den Zuschlag erteilen.

F. Elektronische Abwicklung

Der Auftraggeber wickelt das gesamte Vergabeverfahren in elektronischer Form über die Vergabeplattform DTVP ab. Insbesondere erfolgen die Kommunikation zwischen Auftraggeber und Bewerbern/Bietern sowie die Einreichung von Teilnahmeanträgen bzw. Angeboten **ausschließlich in elektronischer Form** über den Projektraum des Verfahrens. Einzelheiten entnehmen Sie bitte den nachfolgenden Regelungen.

Zur Nutzung der Vergabeplattform bis zur Abgabe elektronischer Teilnahmeanträge bzw. An-

gebote sind lediglich ein aktueller Internet-Browser sowie ein Internetzugang erforderlich. Hierbei werden ausschließlich HTML- und Javascript-konforme Standardtechnologien und keinerlei Add-Ons/Plugins oder sonstige ggf. (sicherheits-)kritische Technologien verwendet. Aktuell sind folgende Internet-Browser zur Nutzung freigegeben:

- Microsoft Internet Explorer bzw. Microsoft Edge in der jeweils aktuellen Version
- Mozilla Firefox in der jeweils aktuellen Version
- Google Chrome in der jeweils aktuellen Version
- Apple Safari in der jeweils aktuellen Version

Um sicherzustellen, dass alle Bewerber/Bieter am Vergabeverfahren automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen informiert werden und die Antworten auf Fragen der Bewerber/Bieter erhalten, sollten Interessenten sich auf der Vergabeplattform für das Vergabeverfahren registrieren (freiwillige Registrierung). **Es obliegt ausschließlich dem Bewerber/Bieter, durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass das bei der Registrierung angegebene E-Mail-Postfach kontinuierlich überwacht wird.**

Ohne Registrierung kann der Erhalt vorstehender Informationen nicht gewährleistet werden. Unternehmen, die von der Möglichkeit der freiwilligen Registrierung keinen Gebrauch machen, müssen sich selbstständig im Projektraum auf der Vergabeplattform informieren, ob Vergabeunterlagen zwischenzeitlich geändert wurden oder ob der Auftraggeber Fragen zum Vergabeverfahren beantwortet hat. **Das Risiko, ein Angebot auf Grundlage veralteter Vergabeunterlagen oder Informationen abzugeben, liegt ohne erfolgte Registrierung beim Bewerber/Bieter.** Die Registrierung für die Vergabeplattform ist für Bewerber/Bieter vollständig kostenfrei.

G. Hinweise zur eingesetzten Verschlüsselung und Zeiterfassung

Die elektronischen Angebote bzw. Teilnahmeanträge werden innerhalb des Bietertools auf dem Rechner des Bieters (lokal) zusammengestellt, mit den entsprechenden Schlüsseln des Vergabeverfahrens mit Hilfe hybrider Verschlüsselungsverfahren Ende-zu-Ende verschlüsselt, mit den vorgegebenen Signaturinformationen versehen und in Form sogenannter OSCI-Nachrichten (über das OSCI-Protokoll) zu einem "Vermittler", dem sogenannten Intermediär, übertragen. Mit Abschluss der Übertragung wird innerhalb des Bietertools eine umfangreiche Zusammenfassung der Abgabe zum Download und weiteren Aufbewahrung zur Verfügung gestellt.

Der "Vermittler" sorgt für eine sichere Aufbewahrung der verschlüsselten Angebote vor Ablauf der entsprechenden Frist (z.B. Angebotsfrist), ergänzt die Meta-Informationen zum Angebot mit dem notwendigen Zeitstempeln und führt die erforderlichen Signaturprüfungen inkl. Quitungsmechanismen durch.

Der sogenannte E-Angebotservice übernimmt die Registrierung und Bereitstellung der elektronischen Angebote bzw. Teilnahmeanträge gegenüber der Vergabeplattform. Wie auch der Intermediär, kann der E-Angebotservice auf Grund der Ende-zu-Ende Verschlüsselung zu keinem Zeitpunkt auf die Inhalte der elektronischen Angebote bzw. Teilnahmeanträge zugreifen.

Erst mit Ablauf der entsprechenden Frist und nach einem erfolgreichen 4-Augen-Login durch zwei berechtigte Nutzer der Vergabestelle innerhalb der Vergabeplattform, werden die verschlüsselten elektronischen Angebote bzw. Teilnahmeanträge mit den korrespondierenden Schlüsseln zusammengebracht, entschlüsselt und zur weiteren Auswertung für die Vergabestelle bereitgestellt.

H. Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist **Deutsch**. Sämtliche Kommunikation zwischen Unternehmen und dem Auftraggeber wird auf Deutsch geführt. Angebote bzw. Teilnahmeanträge und sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache zu fassen. Soweit Unterlagen in nicht-deutscher Sprache vorgelegt werden, sind deutsche Übersetzungen beizufügen, sofern der Auftraggeber hierauf nicht verzichtet; eine Beglaubigung der Übersetzung kann gefordert werden.

I. Unklarheiten, Fragen, Rügeobliegenheit

Fragen innerhalb des Vergabeverfahrens können ausschließlich über das Kommunikationsmodul im Projektraum der vom Auftraggeber genutzten Vergabeplattform gestellt werden und werden im Rahmen von Rundschreiben über die Vergabeplattform beantwortet. **Fragen, die auf anderem Wege (insbesondere telefonisch, per Fax oder E-Mail) gestellt werden, werden nicht beantwortet.** Die Fragen werden anonymisiert, gesammelt und im Rahmen von Mitteilungen an alle auf der Vergabeplattform für das Verfahren registrierten Interessenten beantwortet.

Unternehmen haben den Auftraggeber unverzüglich auf etwaige Unvollständigkeiten, Ungenauigkeiten oder Rechtsverstöße hinzuweisen, damit der Auftraggeber rechtzeitig und unter Beachtung der Grundsätze von Transparenz und Gleichbehandlung aller Unternehmen angemessen reagieren kann.

J. Datenschutz

Die von Unternehmen gegebenenfalls im Verlauf des Verfahrens erbetenen personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des Datenschutzrechts im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Mit der Teilnahme am Verfahren erklären sich Unternehmen hiermit einverstanden. Soweit Unternehmen im Rahmen des Verfahrens dem Auftraggeber personenbezogene Daten von Dritten (Mitarbeiter, Nachunternehmer, Mitglieder einer Bie-

tergemeinschaft, Referenzgeber) übermitteln, sind sie für das Vorliegen der jeweils erforderlichen datenschutzrechtlichen Einwilligung der Dritten selbst verantwortlich. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden sich in der **Anlage A04**.

K. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit

Sämtliche vom Auftraggeber im Verfahren zur Verfügung gestellten Unterlagen dürfen nur zur Einreichung eines Teilnahmeantrages bzw. eines Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder eine Weitergabe an Dritte ist unzulässig. Unternehmen haben – auch nach Beendigung des Verfahrens – über alle im Zusammenhang mit diesem Verfahren bekannt gewordenen Informationen und dienstliche Angelegenheiten des Auftraggebers Stillschweigen zu bewahren. Vorstehende Verpflichtungen erstrecken sich auch auf Nachunternehmer und sonstige Dritte.

L. Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten

Für die Abgabe der Teilnahmeanträge und Angebote sind **ausschließlich** die Formblätter in **Teil D bzw. Teil E** der Vergabeunterlagen zu verwenden. Bitte verzichten Sie darauf, über die in diesen Teilen geforderten Anlagen und Nachweise hinaus weitere Unterlagen beizufügen.

Teilnahmeanträge und Angebote sind **ausschließlich** durch Upload digitaler Dokumente/Scans (vorzugsweise PDF-Dateien) über den Projektraum auf der vom Auftraggeber verwendeten Vergabeplattform abzugeben. Andere Übermittlungswege (etwa Post, E-Mail, Fax oder eine „einfache“ Bieternachricht über das Kommunikationsmodul der Vergabeplattform) sind **nicht** zulässig und führen zum Ausschluss des Angebots.

Für die Abgabe elektronischer Angebote bzw. Teilnahmeanträge wird innerhalb der E-Vergabeplattform ein kostenfreies Bietertool bereitgestellt. Das Bietertool ist eine Desktop-Anwendung, welche auf Ihrem Computer installiert werden muss. Die Dateien zur Installation des Bietertools werden im entsprechenden Projektraum des Vergabeverfahrens für das entsprechende Betriebssystem zum Download angeboten. Installationsroutinen stehen für Linux-, Mac-OS- und Windows-Betriebssysteme (64 und 32 Bit) zur Verfügung. Je nach Betriebsumgebung sind für die Installation der Laufzeitumgebung bzw. des Bietertools u. U. administrative Rechte erforderlich. **Unternehmen wird empfohlen, rechtzeitig vor Ablauf der jeweiligen Fristen ggf. die Installations- und Lauffähigkeit des Bietertools auf ihren Rechnersystemen zu testen.**

Die Informationen werden über so genannte **Projektdateien** in das Bietertool transportiert. Bewerber/Bieter laden die Projektdateien (Dateiendung: cbx) aus dem entsprechenden Projektraum herunter und führen diese aus, wodurch das Bietertool gestartet wird und die entsprechenden Informationen zum Vergabeverfahren von der Vergabeplattform heruntergeladen werden. Die lokale Installation des Bietertools stellt eine **Ende-zu-Ende Verschlüsselung** der elektronischen Angebote und Teilnahmeanträge zwischen dem Computer des Bieters und

der Öffnung der Angebote und Teilnahmeanträge auf Seiten der Vergabestelle sicher.

Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge und Angebote werden nicht berücksichtigt. Für die Rechtzeitigkeit des Eingangs ist der vollständige Upload über das Bietertool maßgeblich. Der vollständige Eingang übermittelter elektronischer Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen wird mit einem **qualifizierten oder einem einfachen elektronischen Zeitstempel dokumentiert**. Ist ein verspäteter Eingang nachweislich durch Umstände verursacht worden, die das Unternehmen nicht zu vertreten hat, kann auch ein verspätet eingegangener Teilnahmeantrag bzw. ein verspätet eingegangenes Angebot berücksichtigt werden. Die Darlegungs- und Beweislast hierfür liegt beim Unternehmen.

M. Eignungskriterien, Nachweise

Der Auftraggeber wird die Eignung der Bieter im Sinne von § 16b VOB/A anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** festgelegten Kriterien prüfen. Die Kriterien sowie die zum Nachweis verlangten Unterlagen sind außerdem im Einzelnen nochmals in **Anlage A01** dargestellt. Soweit der Auftraggeber Formblätter für die geforderten Angaben vorgibt, befinden sich diese in **Teil D** der Vergabeunterlagen.

N. Auswahl der Unternehmen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden

Der Auftraggeber beabsichtigt **mindestens drei und maximal fünf Bewerber** zur Abgabe von Erstangeboten aufzufordern. Voraussetzung hierfür ist zunächst, dass die Eignungskriterien (siehe **Auftragsbekanntmachung** sowie **Anlage A01**) einschließlich der Mindestanforderungen erfüllt sind. Wenn mehr als fünf geeignete Bewerber vorhanden sind, wird der Auftraggeber sodann auf Basis der in der Auftragsbekanntmachung sowie in **Anlage A02** genannten objektiven Auswahlkriterien aus dem Kreis der geeigneten Bewerber jene Unternehmen auswählen, die er zur Abgabe von Erstangeboten und (ggf.) Verhandlungen auffordert. Es werden nur die fünf bestplatzierten Bewerber zur Abgabe von Angeboten aufgefordert.

Sofern die Anzahl der Bewerber, welche die Eignungskriterien erfüllen, weniger als drei beträgt, kann der Auftraggeber das Verfahren fortführen, indem er den oder die Bewerber zur Abgabe von Erstangeboten auffordert, welche die Kriterien erfüllen.

O. Nachunternehmer

Bewerber haben in dem Nachunternehmerverzeichnis (**Teil D, Anlage D02**) anzugeben, ob und ggf. welche Teile der Leistung sie an Nachunternehmer weitergeben wollen. **Das Nachunternehmerverzeichnis ist auch dann auszufüllen und abzugeben, wenn kein Nachunternehmereinsatz vorgesehen ist.**

P. Eignungsleihe

Sollte ein Bewerber die Eignungskriterien nur dadurch erfüllen können, dass er ein anderes Unternehmen einbezieht (Eignungsleihe), so hat er **mit dem Teilnahmeantrag** seine Verfügung über die Ressourcen des anderen Unternehmens sowie das Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe bei diesem Unternehmen mittels einer Verpflichtungserklärung (**Teil D, Anlage D03**) nachzuweisen.

Ein Bewerber kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung nach § 6a Abs. 3 VOB/A die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Nimmt ein Bewerber die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, wird im Auftragsfall eine gemeinsame Haftung des Bewerbers/Bieters und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe verlangt.

Q. Bewerber-/Bietergemeinschaften

Für **Bewerbergemeinschaften** muss ein gemeinsamer Teilnahmeantrag abgegeben werden. Der Name der Bewerbergemeinschaft sowie ein bevollmächtigter Vertreter sind anzugeben (siehe **Teil D** der Vergabeunterlagen). Der Auftraggeber weist darauf hin, dass von einer (späteren) Bietergemeinschaft eine gesamtschuldnerische Haftung verlangt wird. Hierzu ist **mit dem Teilnahmeantrag** die Bewerbergemeinschaftserklärung (**Teil D, Anlage D04**) in von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft rechtsverbindlich unterzeichneter Form abzugeben.

Mit Abgabe eines Erstangebots wird die Bewerbergemeinschaft zur **Bietergemeinschaft**. Für Bietergemeinschaften muss ein gemeinsames Angebot abgegeben werden. Änderungen an der Zusammensetzung einer **Bietergemeinschaft** gegenüber der Zusammensetzung als **Bewerbergemeinschaft** sind unzulässig und können zum Ausschluss des Angebots vom Vergabeverfahren führen.

R. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen

Bis zum Ablauf der jeweiligen Abgabefrist sind Änderungen, Ergänzungen und Berichtigungen eines Teilnahmeantrages oder eines Angebotes ausschließlich über den Projektraum auf der vom Auftraggeber verwendeten Vergabepattform möglich. Das gleiche gilt für eine eventuelle Rücknahme.

S. Anforderungen an die Teilnahmeanträge und Angebote

Teilnahmeanträge und Angebote müssen vollständig sein und alle geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Teilnahmeanträge und Angebote, die nicht die geforderten oder ggfs.

nachgeforderten Erklärungen und Nachweise enthalten, werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor, von Bewerbern bzw. Bietern unter Einhaltung des Transparenz- und Gleichbehandlungsgebotes gemäß § 16a VOB/A Unterlagen nachzufordern. **Ein Anspruch auf Nachforderung von Unterlagen besteht jedoch nicht.**

Allgemeine Geschäfts-/Vertragsbedingungen der Bieter werden nicht akzeptiert. Werden solche vom Bieter beigefügt oder wird darauf im Angebot Bezug genommen, kann dies zum Ausschluss des Angebotes führen. Das gleiche gilt für Angebote, die unter Vorbehalt abgegeben werden, oder bei denen sonstige Änderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden.

Teilnahmeanträge und Angebote müssen der **Textform gemäß § 126b BGB** entsprechen und den Namen des Erklärenden unmissverständlich erkennen lassen.

T. Zuschlagskriterien, Vertragsschluss

Über den Zuschlag wird der Auftraggeber anhand der Zuschlagskriterien gemäß **Anlage A03** entscheiden.

Mit dem Zuschlag kommt der Totalunternehmervertrag (Teil C der Vergabeunterlagen) zustande. Der Vertrag wird nach Zuschlagserteilung final mit Anlagen ausgefertigt und unterzeichnet. Die Unterzeichnung hat rein deklaratorische Wirkung und dient der Dokumentation der mit Zuschlag geschlossenen vertraglichen Regelungen. **Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B) und die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (VOB/C) werden gemäß § 8a VOB/A ausdrücklich Vertragsbestandteil.**

U. Mehrere Hauptangebote/Nebenangebote

Mehrere Hauptangebote und Nebenangebote sind gem. § 8 Abs. 1 Nr. 3a und 4 VOB/A nicht zugelassen.

V. Ortstermin

Die Bieter sind nicht verpflichtet vor der Angebotsabgabe die örtlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen, bietet sich aber an. Sie können das Baufeld auf möglich Hindernisse und die beste-

hende Höhenlage vor Ort sowie die technischen Anschlussmöglichkeiten für die Ver- und Entsorgungsleistungen überprüfen. Weiterhin können die örtlichen Gegebenheiten mit den Plangrundlagen und der Leistungsbeschreibung verglichen werden.

Aufkommende Fragen während des Ortstermins werden vor Ort nicht beantwortet. Fragen sind über die Vergabeplattform DTVP zu stellen und werden nur dort beantwortet (vgl. Buchstabe H).

Ortstermine sind mit:

Dirk Faikosch

faikosch@iph-hannover.de

zu vereinbaren.

W. Vergütung für die Teilnahme am Verfahren

Für die Erstellung der Angebotsunterlagen und die Teilnahme am Verfahren zahlt der Auftraggeber den Bietern eine angemessene Entschädigung. Ein Anspruch auf die Entschädigung besteht nur, wenn der Bieter ein dem Vergabeverfahren entsprechendes Angebot innerhalb der Angebotsfrist eingereicht hat und das Angebot vollständig und wertbar ist. Die Höhe der Entschädigung beträgt 5.000 EUR netto.

Die Entschädigung, die dem beauftragten Bieter zustehen würde, wird mit dessen Vergütung verrechnet.

Anlage A01: Eignungskriterien

Der Auftraggeber prüft die Eignung der Bieter anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** festgelegten Eignungskriterien, die hier nochmals im Überblick dargestellt werden. Soweit der Auftraggeber zur Erklärung Formblätter vorgibt, befinden sich diese in **Teil D der Vergabeunterlagen**.

#	Kriterium	Mindestanforderung
1	<p>Jahresumsatz</p> <p>Eigenerklärung über den Umsatz des Bieters in den Jahren 2023 bis 2025 (insgesamt und aus vergleichbaren Leistungen).</p> <p>Der Auftraggeber behält sich vor, zum Nachweis der Richtigkeit der Angaben ergänzende Unterlagen anzufordern, z. B. (testierte) Jahresabschlüsse oder Bestätigungen eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters.</p>	
2	<p>Betriebshaftpflichtversicherung</p> <p>Eigenerklärung zum Bestehen bzw. der Bereitschaft zum Abschluss einer branchenüblichen Betriebshaftpflichtversicherung.</p>	<p>Deckungssumme für Personen- und Sachschäden je Schadensfall mindestens 5,0 Mio. EUR.</p> <p>Deckungssumme für Vermögensschäden je Schadensfall mindestens 0,5 Mio. EUR.</p> <p>Diese Deckungssummen müssen pro Jahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen.</p>
3	<p>Berufshaftpflichtversicherung</p> <p>Eigenerklärung zum Bestehen bzw. der Bereitschaft zum Abschluss einer branchenüblichen Betriebshaftpflichtversicherung.</p>	<p>Deckungssumme für Personen- und Sachschäden je Schadensfall mindestens 3,0 Mio. EUR.</p> <p>Deckungssumme für Vermögensschäden je Schadensfall mindestens 1,5 Mio. EUR.</p> <p>Diese Deckungssummen müssen pro Jahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen</p>
3	<p>Referenzleistungen</p> <p>Eigenerklärungen über mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare frühere Aufträge. Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben</p>	<p>a)</p> <p>Es ist mindestens eine Referenzleistung über vergleichbare frühere Aufträge vorzulegen. Vergleichbar sind Aufträge, bei denen alle nachfolgenden Merkmale vorliegen:</p>

	<p>durch Nachfrage bei den als Referenz genannten Auftraggebern zu überprüfen. Nicht überprüfbare Referenzen werden nicht berücksichtigt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Neubau oder wesentlicher Umbau eines Gebäudes aus dem Bereich: technische Forschungsgebäude bzw. -hallen, Technologiehalle/Technikum, Versuchs- und Montagehalle mit besonderen technischen Ausbau, Gewerbehalle mit erhöhtem technischem Standard oder vergleichbare technisch geprägte Sonderbauten. - Die Leistungen wurden als Generalplaner erbracht (mindestens Generalplanung nach HOAI LPH 2 bis 5). - Baukosten (KG 300 + 400) von mindestens 1.000.000 EUR brutto. - Abschluss, d.h. Abnahme der schlüsselfertigen Leistung seit dem 01.01.2016. <p>und</p> <p>b) Es ist mindestens eine Referenzleistung über vergleichbare frühere Aufträge vorzulegen. Vergleichbar sind Aufträge, bei denen alle nachfolgenden Merkmale vorliegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Neubau oder wesentlicher Umbau eines Gebäudes aus dem Bereich: technische Forschungsgebäude bzw. Hallen, Laborgebäude oder vergleichbare technisch geprägte Sonderbauten. - Die Leistungen wurden als GU-Projekt erbracht (mind. Generalplanung nach HOAI ab LPH 5 und Ausführung aller erforderlichen Bauleistungen). - Baukosten (KG 300 + 400) von mindestens 1.000.000 EUR brutto. - Abschluss, d.h. Abnahme der schlüsselfertigen Leistung seit dem 01.01.2016.
4	Personalstand	

	Eigenerklärung zum Personalstand im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2023 bis 2025, gegliedert nach Büroinhabern/Geschäftsführern, Architekten/Ingenieure/innen und kaufmännischen/technischen Mitarbeitern.	
5	Projektleitung/Bauleitung Eigenerklärung zum vorgesehenen Projektleiter und stellv. Projektleiter bzw. Bauleiter und stellv. Bauleiter unter Angabe von Name, beruflicher Qualifikation und Berufserfahrung in Jahren.	Für die als Projektleiter und stellv. Projektleiter/ vorgesehenen Personen ist ein Nachweis der Berufszulassung als Architekt bzw. Ingenieur entsprechend des jeweils einschlägigen Landesrechts zu erbringen.
6	Angaben zum Nachunternehmereinsatz Eigenerklärung dazu, ob und ggf. welche Leistungen an Nachunternehmer übertragen werden sollen.	
7	Gesetzliche Ausschlussgründe Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne von §§ 123, 124 GWB sowie ggf. Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne § 6a Abs. 1 S. 2 VOB/A i.V.m. § 6f Abs. 1 und 2 VOB/A -EU.	
8	Eigenerklärung zum fehlenden Russlandbezug der Leistungen Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576.	
9	Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG Eigenerklärung zur Zahlung von Mindestentgelten im Sinne des MiLoG bzw. gemäß all-gemeinverbindlichen Tarifverträgen.	

Anlage A02: Auswahlkriterien

Zur Auswahl der zur Abgabe von Erstangeboten aufzufordernden Unternehmen wertet der Auftraggeber in dem Fall, dass die Zahl der Teilnahmeanträge, die alle formalen und inhaltlichen Anforderungen erfüllen, mehr als fünf beträgt, die Angaben der Bewerber im Teilnahmeantrag (**Teil D der Vergabeunterlagen**) aus und vergibt die folgenden Punktzahlen:

Nr.	Kriterium	Bewertungsmaßstab	Punktzahlen
1	Anzahl vergleichbarer Referenzen	Anzahl der vom Bewerber mit Formblatt D01a vorgelegten vergleichbaren Referenzen (im Sinne der Definition in Anlage A01, Kriterium 3a).	2 = 100 Punkte 3 = 200 Punkte 4 = 300 Punkte 5 oder mehr = 350 Punkte
2	Anzahl vergleichbarer Referenzen	Anzahl der vom Bewerber mit Formblatt D01b vorgelegten vergleichbaren Referenzen (im Sinne der Definition in Anlage A01, Kriterium 3b).	2 = 100 Punkte 3 = 200 Punkte 4 = 300 Punkte 5 oder mehr = 350 Punkte
3	Berufserfahrung Projektleitung	Dauer der im Teilnahmeantrag angegebenen Berufserfahrung des vorgesehenen Projektleiters (in Jahren).	1 bis 4 Jahre = 35 Punkte 5 bis 10 Jahre = 70 Punkte Über 10 Jahre = 100 Punkte
4	Berufserfahrung stellv. Projektleitung	Dauer der im Teilnahmeantrag angegebenen Berufserfahrung des vorgesehenen stellv. Projektleiters (in Jahren).	1 bis 4 Jahre = 15 Punkte 5 bis 10 Jahre = 30 Punkte Über 10 Jahre = 50 Punkte
5	Berufserfahrung der Bauleitung	Dauer der im Teilnahmeantrag angegebenen Berufserfahrung der vorgesehenen Bauleitung (in Jahren).	1 bis 4 Jahre = 35 Punkte 5 bis 10 Jahre = 70 Punkte Über 10 Jahre = 100 Punkte
6	Berufserfahrung der stellv. Bauleitung	Dauer der im Teilnahmeantrag angegebenen Berufserfahrung der vorgesehenen stellv. Bauleitung (in Jahren).	1 bis 4 Jahre = 15 Punkte 5 bis 10 Jahre = 30 Punkte Über 10 Jahre = 50 Punkte

Die in den einzelnen Kriterien erzielten Punktzahlen werden addiert (Gesamtpunktzahl maximal 1000). Die **fünf** Bewerber mit der höchsten Gesamtpunktzahl werden – bei ansonsten nachgewiesener Eignung – zur Abgabe von Erstangeboten aufgefordert. Das Verfahren ergibt sich aus **Teil A, Abschnitt N**.

Bei Punktgleichheit behält sich der Auftraggeber einen Losentscheid vor.

Anlage A03: Zuschlagskriterien

Zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots wird der Auftraggeber folgende Zuschlagskriterien heranziehen:

Kriterium/Unterkriterium	Maximal erreichbare Punktzahl
1. Gesamtpauschalpreis für die Planungs- und Bauleistungen	500
2. Konzepte zur Projektumsetzung	
2.1. Projektteam	50
2.2. Qualifikation der Projektleitung	50
2.3. Organisation des vorgesehenen Personals und Präsenz vor Ort	25
2.4. Maßnahmen zur Terminsicherung	75
3. Lösungsvorschlag	300
Max. Gesamtpunktzahl	1000

Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl. Alle Punktzahlen werden bei Bedarf kaufmännisch auf eine Stelle nach dem Komma gerundet. Für die einzelnen Kriterien/Unterkriterien gelten die folgenden Wertungsmaßstäbe:

1. Gesamtpauschalpreis für die Planungs- und Bauleistungen

Gewertet wird das anhand der Bieterangaben im Preisblatt (**Teil E, Anlage E01**) ermittelte Gesamtpauschalpreis für die Planungs- und Bauleistungen. Das Angebot mit den niedrigsten Gesamtpauschalpreis erhält die Maximalpunktzahl von [...]. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen nach der Formel:

$$Punktzahl = 500 \times \left(2 - \frac{\text{Gesamtpauschalpreis}}{\text{niedrigster Gesamtpauschalpreis}} \right)$$

Angebote mit dem 2-fachen des niedrigsten Gesamtpauschalpreis (oder noch höher) erhalten damit eine Punktzahl von 0. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben.

Angebote mit einem Gesamtpauschalpreis für die Planungs- und Bauleistungen über der Preisobergrenze von 2,0 Mio. € (brutto) werden von der Wertung ausgeschlossen.

2. Konzept zur Projektumsetzung

Gewertet werden die konzeptionellen Ausführungen, die von den Bietern zu den einzelnen Unterkriterien mit dem Angebot abgegeben werden. Bieter sollen möglichst konkret erläutern, mit welchen Methoden bzw. welcher Herangehensweise sie die Erwartungen des Auftraggebers erfüllen wollen.

Die konzeptionellen Ausführungen der Bieter werden im Verhältnis zueinander bewertet (**sog. relative Angebotswertung**). In die Bewertung fließt auch ein, wie konkret und verbindlich das Konzept ist. Das Angebot, das im Vergleich zu den anderen Angeboten die inhaltlichen Erwartungen des Auftraggebers am besten erfüllt, erhält die jeweilige Maximalpunktzahl. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen entsprechend des Umfangs ihrer negativen Abweichung zum besten Angebot. Erfüllen mehrere Angebote das Ziel des Auftraggebers in gleichwertigem Maße, erhalten sie die identische Punktzahl.

Die Punktebewertung der Konzepte erfolgt durch ein Gremium, das aus mehreren Vertretern des Auftraggebers besteht. Das Projektumsetzungskonzept muss Darstellungen zu folgenden Aspekten beinhalten:

2.1. Projektteam

Der Auftraggeber legt großen Wert darauf, dass der zukünftige Auftragnehmer das Projekt mit qualifiziertem Personal besetzt, das für die gesamte Projektlaufzeit bis zum Abschluss der Bauphase durchgehend und in ausreichendem zeitlichem Umfang zur Verfügung steht. Bieter sollten daher ihre Personaleinsatzplanung unter namentlicher Benennung der jeweiligen Personen, ihrer jeweiligen Aufgaben und beruflichen Qualifikationen, der personenbezogenen Verfügbarkeit sowie deren Auslastung durch andere Projekte darstellen. Darzustellen sind auch Vertretungsregelungen, Projektübergaben und Schnittstellen im Falle des Wechsels von Personal.

Positiv wird auch bewertet, wenn das vorgesehen Projektteam bereits im Rahmen von Totalunternehmerleistungen zusammengearbeitet hat.

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:

Ausprägung	Punktzahl
Bestes Angebot	50
Angebot weicht in sehr geringem Umfang negativ vom besten Angebot ab	40
Angebot weicht in geringem Umfang negativ vom besten Angebot ab	30
Angebot weicht in mittlerem Umfang negativ vom besten Angebot ab	20
Angebot weicht in großem Umfang negativ vom besten Angebot ab	10
Angebot weicht in sehr großem Umfang negativ vom besten Angebot ab	0

2.2. Qualifikation Projektleitung

Aus Sicht des Auftraggebers ist es für den Erfolg eines Bauvorhabens wie dem vorliegenden von Bedeutung, dass das Vorhaben auf planerischer Seite von Personen geleitet wird, die persönlich über umfassendes Wissen und entsprechende praktische Erfahrungen aus der Planung und Errichtung von Gebäuden, die der kommunalen Daseinsvorsorge dienen, verfügen.

Bieter sollten daher zu den für die Projektleitung vorgesehenen Personen ausführen, über welche Qualifikationen und Erfahrungen die Personen in dieser Hinsicht verfügen. Dabei sollten insbesondere Angaben zu Projektart, Schwierigkeitsgrad, Leistungsumfang und Baukosten bzgl. **persönlicher Referenzprojekte** – insbesondere und idealerweise im Bereich der **Planung und Errichtung von Gebäuden aus dem industriellen oder Forschungsbereich** – erfolgen.

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:

Ausprägung	Punktzahl
Bestes Angebot	50
Angebot weicht in sehr geringem Umfang negativ vom besten Angebot ab	40
Angebot weicht in geringem Umfang negativ vom besten Angebot ab	30
Angebot weicht in mittlerem Umfang negativ vom besten Angebot ab	20
Angebot weicht in großem Umfang negativ vom besten Angebot ab	10
Angebot weicht in sehr großem Umfang negativ vom besten Angebot ab	0

2.3. Kommunikation mit dem Auftraggeber / Präsenz vor Ort

Darzustellen sind die Kommunikationswege zur Abstimmung mit dem Auftraggeber und den weiteren Projektbeteiligten / Fachplanern. Es ist ferner darzustellen, wie und in welchem Umfang der Bieter seine Präsenz vor Ort sicherstellen würde, insbesondere zur Wahrnehmung seiner Aufgaben im Rahmen der Bauüberwachung. Der Auftraggeber erwartet eine regelmäßige persönliche Präsenz auf der Baustelle, einen regelhaften Kommunikationsprozess mit dem Auftraggeber und den weiteren Projektbeteiligten und eine möglichst umfassende Erreichbarkeit des Auftragnehmers, in dringenden Fällen auch außerhalb der üblichen Geschäftszeiten.

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:

Ausprägung	Punktzahl
Bestes Angebot	25
Angebot weicht in sehr geringem Umfang negativ vom besten Angebot ab	20
Angebot weicht in geringem Umfang negativ vom besten Angebot ab	15
Angebot weicht in mittlerem Umfang negativ vom besten Angebot ab	10

Angebot weicht in großem Umfang negativ vom besten Angebot ab	5
Angebot weicht in sehr großem Umfang negativ vom besten Angebot ab	0

2.4. Maßnahmen zur Terminsicherung/Optimierung der Planungs- und Bauzeit

Aus Sicht des Auftraggebers ist eine termingerechte Erbringung der Leistung (Abnahme der schlüsselfertig errichteten Forschungshalle) von zentraler Bedeutung. Der Zeitpunkt der Abnahme ist auf den verbindlichen Vertragstermin zur schlüsselfertigen Errichtung bis zum 30.06.2028 auszurichten. Das Bedürfnis einer effektiven und verlässlichen Terminplanung folgt auch daraus, dass der Auftraggeber aufgrund der fördermittelbasierten Finanzierung des Projekts eine Realisierung bis spätestens 31.12.2028 (Ablauf des Bewilligungszeitraums) zwingend einzuhalten hat.

Es wird daher die Vorlage eines realistischen Rahmenterminplans erwartet, aus dem die geplanten Projektphase in einem feinen Detaillierungsgrad ersichtlich werden (z.B. Fertigstellung der Entwurfsplanung, Einreichung des Bauantrag, Beginn der Rückbau Pflastersteine und Grünanlage, Baubeginn, Darstellung der Ausführungsfristen der einzelnen Baugewerke, Pufferzeiten für unvorhergesehen Verzögerungen etc.).

Bezüglich des Rahmenterminplans ist von einem Beginn der Leistungserbringung am 01.01.2027 auszugehen.

Die Bieter sollten daher im Zusammenhang mit dem Zeitplan auch ausführen, mit welchen Methoden die Einhaltung der angegebenen Termine gesichert werden soll und ggf. welche Maßnahmen Bieter sehen, um weitere zeitliche Ansparpotentiale zu nutzen.

Ausprägung	Punktzahl
Bestes Angebot	75
Angebot weicht in sehr geringem Umfang negativ vom besten Angebot ab	60
Angebot weicht in geringem Umfang negativ vom besten Angebot ab	45
Angebot weicht in mittlerem Umfang negativ vom besten Angebot ab	30
Angebot weicht in großem Umfang negativ vom besten Angebot ab	15
Angebot weicht in sehr großem Umfang negativ vom besten Angebot ab	0

3. Lösungsvorschlag

Im Rahmen der Angebotsabgabe erwartet der Auftraggeber von den Bietern die Vorlage eines detaillierten Planungs- und Ausführungskonzeptes auf Grundlage der funktionalen Leistungsbeschreibung. Positiv wird bewertet, wenn anhand des Ausführungskonzeptes von einer qualitativ hochwertigen, nutzerorientierten, funktionalen und ästhetischen Umsetzung der funktionalen Leistungsbeschreibung auszugehen ist.

Der Auftraggeber wird dem Lösungsvorschlag daher anhand folgender Aspekte bewerten:

- **Planungsqualität:** Bewertet wird die Qualität der eingereichten Planungsunterlagen. Ein guter Lösungsvorschlag zeichnet sich dadurch aus, dass die Pläne einen hohen Detaillierungsgrad aufweisen, technisch plausibel und widerspruchsfrei sind. Der Auftraggeber erwartet, dass der Bieter erkennbar eigenständige planerische Überlegungen angestellt hat und nicht lediglich die Vorgaben der FLB reproduziert. Positiv bewertet werden insbesondere eine klare, gut lesbare Plandarstellung, schlüssige Schnittführungen sowie nachvollziehbare räumliche Zusammenhänge zwischen Hallenfläche, Galerie und Nebenräumen.
- **Kreislaufgerechtigkeit und Nachhaltigkeit der Konstruktion:** Bewertet wird auch, inwieweit der Bieter bei Tragwerk, Fassade, Dach und Galerie eine kreislaufgerechte Konstruktionsweise vorsieht. Ein guter Lösungsvorschlag zeigt nachvollziehbar auf, wie die wesentlichen Bauteile später demontiert und einer Wiederverwendung oder einem hochwertigen Recycling zugeführt werden können. Der Auftraggeber erwartet, dass der Bieter lösbare Verbindungen bevorzugt und begründet, warum die gewählten Materialien und Fügungen eine spätere Rückbaubarkeit ermöglichen. Tragwerke aus bewehrten Betonelementen entsprechen nicht bevorzugten Lösung des Auftraggebers; werden sie dennoch angeboten, ist dies nachvollziehbar zu begründen.
- **Wandlungsfähigkeit und Eignung für Kybernetische Produktion:** Überdies zeigt aus Sicht des Auftraggebers ein guter Lösungsvorschlag konkret auf, wie Kommunikationseinheiten an Boden, Wand, Decke und Tragwerk nachgerüstet werden können, wie die Medienversorgung im Hallenboden flexibel erweiterbar ist. Bewertet wird, wie überzeugend der Lösungsvorschlag die Anpassungsfähigkeit der Forschungshalle an zukünftige Forschungsanforderungen darstellt. Der Auftraggeber erwartet, dass der Bieter die besonderen Anforderungen der Kybernetischen Produktion erkannt hat und ein durchdachtes Konzept zur langfristigen Nutzungsflexibilität vorlegt.
- **Konzept störungsfreier Datenübertragung:** Von zentraler Bedeutung für die Forschungshalle ist die Qualität der Angebotenen Lösung des Konzepts störungsfreier Datenübertragung. Ein guter Lösungsvorschlag erläutert schlüssig, wie Störeinflüsse durch elektrische Anlagen auf den Datenverkehr im Versuchsfeld vermieden werden. Der Auftraggeber erwartet konkrete Aussagen zur Abschirmung von Stromverteilern, Kabeltrassen und Bodenkanälen sowie zur räumlichen Trennung von Stark- und Schwachstromleitungen. Positiv bewertet wird, wenn der Bieter die Schnittstellen zur Medienversorgung systematisch darstellt und mögliche Störquellen identifiziert.
- **Optische Integration in den Gebäudebestand;** Bewertet wird überdies, wie überzeugend der Lösungsvorschlag die optische Angleichung der neuen Forschungshalle an die bestehende Halle darstellt. Ein guter Lösungsvorschlag zeigt durch Fassadenabwicklungen, Materialangaben und ggf. Visualisierungen, dass Farbgebung, Proportionen und Materialwahl harmonisch auf den Bestand abgestimmt sind. Der Auftraggeber

erwartet, dass der Neubau sich als Teil des Gesamtensembles einfügt und kein Fremdkörper entsteht.

- **PV- und Energiespeicherkonzept:** Bewertet wird die konzeptionelle Qualität der vorgesehenen Photovoltaikanlage einschließlich des Batteriespeichers. Ein guter Lösungsvorschlag enthält nachvollziehbare Angaben zu Anlagenleistung, Modulausrichtung, prognostiziertem Jahresertrag, Speicherkapazität und Integration in die Gebäudeautomation. Der Auftraggeber erwartet, dass der Bieter ein stimmiges Gesamtkonzept zur Eigenverbrauchsoptimierung vorlegt und die Schnittstellen zur Fernwärmeversorgung berücksichtigt.

Der Lösungsvorschlag besteht daher aus zeichnerischen Darstellungen und textlichen Ausführungen und soll folgende Bestandteile umfassen:

Plandarstellungen:

- Lageplan (Maßstab [üblicher Maßstab 1:50]).
- Grundrisse EG und Galerie mit Vermaßung, Raumbezeichnungen, Möblierungsvorschlag
- Barrierefreiheit (Vermaßung Abständen Aufzüge und Beh. WC), Raumprogramm Soll/Ist (BGF + BRI).
- Farb- und Materialkonzept.
- Baustelleneinrichtungsplan, Baustellenlogistikkonzept.
- Medienversorgungsplan Hallenboden: Darstellung der Bodenkanäle mit Angabe von Anzahl, Abständen, Abmessungen und vorgesehenen Medien (Strom 230V/400V, Daten, Druckluft). Kennzeichnung der überfahrbaren Abdeckungen
- Plan hinsichtlich der Abschirmung und störungsfreien Datenübertragung: Planerische Darstellung der Maßnahmen zur elektromagnetischen Abschirmung – insbesondere Lage und Art der Abschirmung von Stromverteilern, Kabeltrassen und Bodenkanälen gegenüber dem Versuchsfeld.
- Fassadenabwicklung: Darstellung aller Fassadenansichten mit Kennzeichnung der Materialien, Farbgebung und Nachweis der optischen Angleichung an die Bestandshalle (ggf. mit Fotomontage oder Rendering).

Ansichten und Schnitte

- Grundrisse + Dachaufsicht/Schnitte/Ansichten Maßstab [üblicher Maßstab 1:50]).
- Längs- und Querschnitt mit Darstellung von Tragwerk, Galerie, Oberlichtern, RWA-Klappen, Dachaufbau inkl. PV-Anlage
- Detailschnitt Bodenkanal: Darstellung des Kanalquerschnitts mit Abdeckung, Angabe der Tragfähigkeit (Überfahrbarkeit) und der vorgesehenen Abschirmmaßnahmen.

Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit:

- Darstellungen zur Nachhaltigkeit der Planung im Hinblick auf die zu erwartenden Unterhaltungs- und Folgekosten des Gebäudebetriebs der Forschungshalle.
- Ausführungen zur Verwendung nachhaltiger Baustoffe.
- Darstellung der Maßnahme zur Herstellung einer vollständigen Barrierefreiheit.
- Darstellung von Maßnahmen zur Sicherstellung der Energieeffizienz und der Nachhaltigkeit der Bauweise der zu errichtenden Forschungshalle, um eine möglichst ressourcenschonende Errichtung und Betrieb zu ermöglichen.
- Textliche Beschreibung und Darstellung der Maßnahmen zur Gewährleistung eines störungsfreien Einsatzes (untereinander und unter äußeren Einflüssen) verschiedener Medien (insb. Datenverkehr jeglicher Art).
- Wandlungsfähigkeitskonzept: Darstellung, wie die Forschungshalle an zukünftige Anforderungen der Kybernetischen Produktion angepasst werden kann. Insbesondere:
 - Nachrüstbarkeit von Kommunikationseinheiten an Boden, Wand, Decke und Tragwerk
 - Flexibilität der Medienversorgung (Erweiterbarkeit Bodenkanäle)
 - Demontierbarkeit von Einbauten (z.B. Geländerabschnitte, Trennwände)
- PV- und Energiespeicherkonzept (textlich, ca. 1–2 Seiten): Darstellung der vorgesehenen PV-Anlage (Leistung in kWp, Modultyp, Ausrichtung, prognostizierter Jahresertrag) sowie des Batteriespeichers (Kapazität in kWh, Standort, Integration in Gebäudeautomation)

Sonstiges:

- Baukosten nach DIN 276:2018, gegliedert bis in die zweite Ebene.
- Bepreister Produktkatalog aller angebotenen Materialien und Produkte.
- Darlegung des vorgesehenen Bauprozesses inklusive Baustellenlogistik (Abwicklung der Verkehrsströme und des Baubetriebs).
- Aufzeigen weitere Einsparpotentiale anhand der fortgeschriebenen Planungsunterlagen oder anhand eines alternativen Planungsansatzes (unter Einhaltung der Mindestanforderungen des Auftraggebers gemäß der funktionalen Leistungsbeschreibung).

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:

Ausprägung	Punktzahl
Bestes Angebot	300
Angebot weicht in sehr geringem Umfang negativ vom besten Angebot ab	240
Angebot weicht in geringem Umfang negativ vom besten Angebot ab	180
Angebot weicht in mittlerem Umfang negativ vom besten Angebot ab	120
Angebot weicht in großem Umfang negativ vom besten Angebot ab	60
Angebot weicht in sehr großem Umfang negativ vom besten Angebot ab	0

Anlage A04: Informationen zum Datenschutz

A. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutz-Information gilt für die Datenverarbeitung im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens die

IPH – Institut für Integrierte Produktion Hannover gGmbH
Hollerithallee 6
30419 Hannover.

Der externe Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen ist

Herr Thomas Althammer
Althammer & Kill GmbH & Co. KG
Roscherstraße 7
30161 Hannover
Tel. +49 511 330603-0
info@althammer-kill.de

B. Datenerfassung

Wenn Sie an dem Vergabeverfahren teilnehmen, werden folgende im Teilnahmeantrag oder Angebot genannten Daten des Bewerbers/Bieters, seiner Mitarbeiter sowie sonstiger Personen (z. B. Ansprechpartner eines Referenzgebers) erfasst:

- Anrede, Vorname, Nachname (von Ansprechpartnern)
- eine gültige E-Mail-Adresse
- Anschrift
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Angaben zur persönlichen Eignung (zum Beispiel Studium/Ausbildung, Abschlüsse, Noten, Fortbildungen)
- Vertragsbeziehungen

Die Erhebung dieser Daten erfolgt zur Abwicklung der Vergabe und zur Anbahnung des Vertragsverhältnisses nach Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Die für das Vertragsverhältnis durch den Auftraggeber erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zu dessen Beendigung gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von vergabe-, haushalts-, steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten eine längere Speicherung verpflichtend ist oder die Betroffenen in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

C. Übermittlung an Dritte

Eine Übermittlung persönlicher Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Der Verantwortliche gibt die personenbezogenen Daten nur an Dritte weiter, wenn:

- dazu nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eine ausdrückliche Einwilligung erteilt worden ist,
- die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse des Betroffenen an der Nichtweitergabe der Daten besteht,
- für den Fall, dass für die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO eine gesetzliche Verpflichtung besteht, sowie
- dies gesetzlich zulässig und nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Vertragsverhältnissen erforderlich ist.

D. Betroffenenrechte

Betroffene haben das Recht:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft der Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangt werden;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung der beim Auftraggeber gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung der beim Verantwortlichen gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten vom Betroffenen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, der Betroffene aber deren Löschung ablehnen und der Verantwortliche die Daten nicht mehr benötigt, der Betroffene diese jedoch zur

Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt oder gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat;

- gemäß Art. 20 DSGVO die personenbezogenen Daten, die uns bereitgestellt worden sind, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen;
- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber dem Verantwortlichen zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortgeführt werden darf;
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können sich Betroffene hierfür an die Aufsichtsbehörde ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes wenden.

E. Widerspruchsrecht

Sofern personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Betroffene das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben oder sich der Widerspruch gegen Direktwerbung richtet. Im letzteren Fall haben Betroffene ein generelles Widerspruchsrecht, das ohne Angabe einer besonderen Situation umgesetzt wird. Zur Geltendmachung des Widerrufs- oder Widerspruchsrechts genügt eine E-Mail an den Verantwortlichen.